

Presseinformation Nr. 14/2012

Pressesprecher: Martin Ittershagen

Stellvertretender Pressesprecher: Stephan Gabriel Haufe

Mitarbeiter/innen: Fotini Mavromati, Marc Rathmann, Martin Stallmann
Sekretariat: Doreen Redlich, Uwe Weber

Telefon: 0340 2103 -2122, -6625, -2318, -2250, -2507, -2669, -2637

Adresse: Umweltbundesamt, Postfach 14 06, 06813 Dessau-Roßlau

E-Mail: pressestelle@uba.de

Internet: www.umweltbundesamt.de

Facebook: www.facebook.com/umweltbundesamt.de



Flasbarth: „Wir brauchen eine grüne Wirtschaft“

630.000 mehr Jobs durch konsequenten Klimaschutz bis 2020

Das Umweltbundesamt (UBA) sieht exzellente Chancen, um mit Umweltschutz die wirtschaftliche Erneuerung global voranzubringen: „Früher häufig als Kostentreiber und Wachstumsbremse verrufen, hat der Umweltschutz das Potential zum Wohlstandstreiber moderner Volkswirtschaften.“, sagte UBA-Präsident Jochen Flasbarth bei der Vorstellung der UBA-Jahrespublikation „Schwerpunkte 2012“ in Berlin. Würden die bisherigen Produktionsweisen mit hohem Klimagasausstoß und Rohstoffverbrauch beibehalten, brächte dies die Welt langfristig an den Rand des ökologischen und ökonomischen Kollapses. Von der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro im Juli 2012 wünscht sich Flasbarth daher einen globalen Impuls: „Wir brauchen eine grüne Wirtschaft. Dass das auch wirtschaftliche Vorteile bringt, sehen wir in Deutschland: Deutsche Unternehmen sind weltweit führend beim Export von Umweltschutzgütern. Schon heute sind etwa zwei Millionen Menschen im Umweltschutz beschäftigt. Allein die erneuerbaren Energien haben gut 370.000 Jobs geschaffen, deren Zahl während der Finanzkrise sogar weiter gestiegen ist.“, so Flasbarth. Weitere 630.000 Arbeitsplätze seien möglich, wenn das Klimaschutzziel der Bundesregierung, die Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent zu senken, konsequent umgesetzt werde.

Weiteres Thema der UBA-Jahrespublikation: Die Rohstoffknappheit. Weltweit nimmt der Verbrauch an natürlichen Ressourcen und die Konkurrenz um knappe Rohstoffe rasant zu. Der Bereich ist Paradebeispiel für einen Sektor, in dem Ökonomie und Ökologie Hand in Hand gehen könnten: „Für viele Rohstoffe ist der Weltmarktpreis stark gestiegen. Für Unternehmen ist es wirtschaftlich interessant, statt Gold, Kupfer oder Palladium immer wieder neu auf dem Weltmarkt einzukaufen, möglichst ressourceneffizient zu produzieren und Rohstoffe zu recyceln. Das entlastet auch die Umwelt.“, so Flasbarth.

Die bisherige Strategie der Wirtschaft die Rohstoffknappheit durch möglichst günstige Vereinbarungen mit einzelnen Lieferländern zu lösen, sei viel zu kurzfristig. Besser sei, Rohstoffe schon in der Herstellung sparsam einzusetzen und langlebige Produkte zu designen, die sich gut wiederverwenden und recyceln ließen. Die Steigerung der Rohstoffeffizienz birgt ebenfalls ein enormes Beschäftigungspotential: Bis zu 700.000 Arbeitsplätze sind bei konsequenter Umsetzung aller Materialeinsparungspotentiale im verarbeitenden Gewerbe bis 2030 möglich.

Die Chemieindustrie - ein bedeutender Wirtschaftssektor in Deutschland und Motor für innovative Produkte - muss ebenfalls elementarer Baustein einer Grünen Wirtschaft sein: „Nachhaltige Lösungen ergeben sich nicht nur durch Regulierung, gerade Unternehmen können kooperativ zusammen arbeiten“, so Flasbarth. Ein Beispiel ist das so genannte Chemikalienleasing. Hier verdient ein Chemikalienlieferant nicht am Verkauf möglichst vieler Chemikalien, sondern vermietet diese - etwa ein Lösemittel zur Platinenherstellung. Dieses nimmt er dann zurück, um es aufzubereiten und gegebenenfalls erneut anzubieten. Ein Chemikaliennutzer kauft also lediglich die Funktion der Chemikalie nebst fach- und umweltgerechter Entsorgung. Beim Chemikalien-Leasing verdient der Anbieter an seinem Know-how. Das entlastet die Umwelt, da ein großer Anreiz besteht, weniger Stoffe einzusetzen und den Chemieabfall und Emissionen deutlich zu verringern. Ein anderes Beispiel ist die Krankenhaushygiene, wo spezialisierte Anbieter Desinfektionsmittel wesentlich effizienter einsetzen.

Die Industriestaaten mit ihrer großen Innovationskraft ermutigt Flasbarth, Schwellen- und Entwicklungsländer beim nachhaltigen Umgang mit Chemikalien zu unterstützen: „Allein die Massenproduktion unseres Bedarfs an Kleidung und Schuhen in den Schwellen- und Entwicklungsländern verursacht erhebliche Probleme für die globale Umwelt und vor Ort. Wir reiche Länder sollten stärker dafür sorgen, dass wir mit unseren Chemieprodukten und -prozessen auf dem Weltmarkt keine Risiken exportieren, sondern nachhaltige Lösungen.“

Die „Schwerpunkte 2012“ können kostenlos heruntergeladen und als Print-Fassung bestellt werden unter: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4213.html>

Dessau-Roßlau, 15.03.2012
(4.275 Zeichen)